

# Sächsische Volkszeitung

**Vergnügungspreis:** Gleisgleichzeitig mit dem Sammeln & mit Wochentlicher Beilage 12.75 M., Sonntags 8.11.85 M.  
gleisgleichzeitig Postwertschiff

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Spätmittag der Reaktion: 11 bis 12 Uhr nachm.

Freitag, 25. Februar 1921

Reaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden Nr. 16, Holzmarktstraße 46

## Nachtragsetat

Das neue Finanzjahr in Sachsen beginnt, wie anberwâlt, am 1. April 1921. Das Rechnungsjahr 1920 läuft also schon in einigen Wochen ab und unter normalen Verhältnissen müßte der Landtag sich bereits mit dem eigentlichen Haushaltplan für das kommende Jahr beschäftigen. Die Kriegsverhältnisse und der Umsturz haben auch in dieser Hinsicht alles auf den Kopf gestellt, und so muß denn jetzt der Landtag sich noch in den nächsten Wochen mit einem von uns bereits erwähnten und besprochenen Nachtrag zu dem ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltspolten befassen.

Doch das ein durchaus ungewöhnlicher Zustand ist, liegt auf der Hand, aber es ist eben in den einzelnen Ländern nicht anders, wie es auch im Reich ist. Die drückenden Friedensvertragsbestimmungen, die Unfreiheit auf ausßenpolitischen Gebiete wie ein Selbstverständlichkeit auch hier war.

Die allgemeine Aussprache zu dem Nachtragsetat, über die wir an nächster Stelle berichten, fand gestern im sächsischen Landtag statt. Sie wurde mit einer Rede des Finanzministers Heldt eingeleitet, in der er daran erinnerte, daß er am 14. Januar die Hoffnung ausgesprochen habe, es möchten unsere Freunde auf unsere Leistungsfähigkeit Münzfest nehmen. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die Kaiser-Beschlüsse hin und gab unter lebhafter Zustimmung des ganzen Hauses mit Ausnahme der Kommunisten, der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung den zahlreichen Forderungen der Parteien Beschlüsse nach wie vor ein entschiedenes Unannehmbar entgegenstellen werde. Die Parteien hatten beschlossen — erfreulicherweise beschlossen — von einer großen politischen Aussprache abgesehen des Nachtragsetats, der nicht weniger als 275 Deutcher umfaßt, abzusehen, mit Rücksicht darauf, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit der eigentliche Etat für das Jahr 1920 eingebrochen werden soll. In dem Nachtrag zu dem ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushalt wird ja auch tatsächlich wenig zu ändern sein, da es sich hier zumeist um Ausgaben handelt, die zwar bis jetzt nicht bewilligt, aber gemacht worden sind. Die Aussprache, die nun einzusteht und sich trotz der Vereinbarung gleichermaßen lang hingezogen, brachte daher wesentlich Neues nicht und litt unter der Teilnahmehemmung fast des ganzen Hauses. Es wurde von bürgerlicher Seite vor allem bestanden, daß in dem Nachtragsetat sehr viele neue Stellen erscheinen, was ich nicht mit dem Grundsatz der allergrößten Sparfamkeit in Einklang bringen läßt. Der mehrheitssocialdemokratische Redner rief auch auf das Kapitel hin, das die Mittel für die Musik- und Gesangsaufführungen bei den Gottesdiensten in der katholischen Kirche vor sieht. Dass der Nebauer nach wie vor Voreingenommen standpunkt aus gegen diese Musik- und Gesangsaufführungen in der Kirche hat, kann natürlich nicht weiter Wundernehmen. Man hatte aber den Gedanken, daß doch in dieser Hinsicht im Gegensatz zum Vorjahr eine etwas ruhigere Aufstellung gezeigt hat und daß die von allen auf katholischem Gebiete sachverständigen Seiten vorgebrachten Argumente gegen die Trennung der Musik- und Gesangsaufführungen von den Gottesdiensten nicht ganz ohne Einfluß geblieben sind.

Es wird natürlich bei der Einzelbesprechung noch zu diesem oder jenem Punkt Stellung zu nehmen sein und man wird vor allem zu prüfen haben, ob überall der Grundsatz der Sparfamkeit an richtiger Stelle Platz gegeben hat. Wenn auch vielleicht in dem Nachtrag zum Staatshaushaltspolten für 1920 selbst nicht mehr viel zu ändern sein wird, so können doch schließlich an dem Ende dieses Nachtrages schon die Grundzüge für den neuen Etat festgelegt werden und hierbei das Prinzip der äußersten Sparfamkeit entsprechend berücksichtigt werden.

Wir verlieren durchaus nicht die Schönheitsfehler, heute einen Haushaltspolten aufzustellen. Wenn wir aber jetzt z. B. sehen, daß für Büroarzweite nicht nur das Grand-Hotel in Dresden gekauft werden soll, und zwar für einen gleichermaßen hohen Betrag, sondern daß dafür auch gleich wieder 150.000 M. für die Einrichtung benötigt werden sollen, so können wir in einem solchen Beginnen tatsächlich irgendwelche Zeichen von Sparfamkeit nicht erkennen. Es muß mit allen Mitteln dagegen gestrebt werden, daß der Grundsatz, der selber wahrgenommen war, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, wieder gewinnt. Wenn wir erst wieder einmal so weit sind, daß das geschieht, dann können wir auch davon sprechen, daß das Staatskäff wieder in normalen Bahnen sich zu bewegen beginnt. Bis dahin wird allerdings wohl noch einige Zeit vergehen, auch bei uns in Sachsen. Denn die Darlegungen, die der Ministerpräsident Buck machte, klangen alles andere, nur nicht optimistisch. Es wurde aus den Reihen der Abgeordneten der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß schon in einigen Wochen der ordentliche Etat für das Rechnungsjahr 1921 dem Landtage vor-

gelegt werden möge. Der Ministerpräsident zögerte die Entfernung ab, daß davon gar keine Rede sein könnte, doch ein Termin für diese Einberufung noch nicht feststehe. Es ist dennoch zuallerdings dringend zu wünschen, daß diese Einberufung des ordentlichen Staatshaushalts aufgerüttelt und beschleunigt wird, um mehr Ruhe in unsere Staatsfinanzen und damit in die ganze staatliche Geschäftsführung zu bringen. hsl.

## Sächsischer Landtag

Dresden, 24. Februar.  
Bei Eintritt in die Tagessitzung gibt Leibniz Frühstück bekannt, daß auf Wunsch zahlreicher Abgeordneter, die öffentlichen Tischen nur noch gegen Karoer, die den eingeladenen Fraktionen im Verhältnis zu ihrer Größe ausreichend werden sollen, betreten werden dürfen.

Im Punkt 1 und 2 der Tagessitzung betreffend Beratung über die Vorlage Nr. 17, die Entfernung von Nachträgen zu dem ordentlichen und dem außerordentlichen Staatshaushaltspolten, sowie den Entwurf eines Gesetzes über einen weiteren Nachtrag zu dem Finanzgeschäft auf das Rechnungsjahr 1920, und die Beratung über die Vorlage Nr. 18 über 1. den Entwurf eines Nachtrages zum ordentlichen und zum außerordentlichen Haushaltspolten des staatlichen Eigentums auf das Rechnungsjahr 1920 mit der Rechnungsjahr 1921 und 2. den Entwurf eines Nachtrages zum Gesetz über diesen Haushaltspolten und die Aufnahme einer Staatsanleihe für das gesuchte Unternehmen erteilt der Präsident dem

## Finanzminister Heldt

der Wort zur Berichtigung:

Zunächst erläuterte der Minister an die von ihm am 11. Januar ausgesprochene Hoffnung, daß unsere Freunde Rücksicht auf unsere Leistungsfähigkeit nehmen würden. Die Parteien beschlossen — erfreulicherweise beschlossen — von einer großen politischen Aussprache abgesehen des Nachtragsetats, der nicht weniger als 275 Deutcher umfaßt, abzusehen, mit Rücksicht darauf, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit der eigentliche Etat für das Jahr 1920 eingebrochen werden soll. In dem Nachtrag zu dem ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushalt wird ja auch tatsächlich wenig zu ändern sein, da es sich hier zumeist um Ausgaben handelt, die zwar bis jetzt nicht bewilligt, aber gemacht worden sind. Die Aussprache, die nun einzusteht und sich trotz der Vereinbarung gleichermaßen lang hingezogen, brachte daher wesentlich Neues nicht und litt unter der Teilnahmehemmung fast des ganzen Hauses. Es wurde von bürgerlicher Seite vor allem bestanden, daß in dem Nachtragsetat sehr viele neue Stellen erscheinen, was ich nicht mit dem Grundsatz der allergrößten Sparfamkeit in Einklang bringen läßt. Der mehrheitssocialdemokratische Redner rief auch auf das Kapitel hin, das die Mittel für die Musik- und Gesangsaufführungen bei den Gottesdiensten in der katholischen Kirche vor sieht.

Der Minister fuhr fort: Da vielfach Mißregeln des Reichsregierung auf gezeigte finanzielle Folgen für die Länder und Gemeinden haben, hat die höchste Regierung einen Antrag gestellt in Reichsrat unterstellt, daß unter allen Umständen vor Einschaltung der Reichsregierung die Kostenfrage im Einvernehmen mit den Ländern zu regeln ist. Gleichzeitig sollen alle Verwaltungseinrichtungen und Stellen auf ihre Notwendigkeit und Bedeutungsfähigkeit nachgeprüft und diejenigen behalten, welche gleicher oder ähnlicher Zwecken dienen, sonst wie möglich aufzulösen werden. Es ist den einzelnen Reichsministerium überlassen worden, zu erwägen, in welcher Weise sie innerhalb ihres Verwaltungsbereichs die normale Verwaltung vornehmen wollen. Auch im übrigen müssen die Ausgaben

## Allgemeiner Haushalt

erstellt werden, und ich kann auch dieses Haus nur ermutigen, alle nicht im Verwaltungsbereich des Staates unternehmenden neuen Ausgaben auf eine günstige Art.

Zum Nachtrag zum ordentlichen Haushaltspolten werden an Mehranträgen von 25.942 M. gefordert.

Zur ihrer Bedeutung stehen Einnahmen erheblich höher vor 111.247.284 M. zur Verfügung, der Blei- und Eisenbergbau 272.688.167 M. wird aus den Einnahmen des Haushaltspolten bei Kapitel 10, Rücklage, gedrückt, so daß der Nachtrag in Einnahme und Ausgabe balanciert. Von der ermodeten Rücklage von 200 Millionen bleiben dann noch 24 Millionen übrig. 30 Millionen davon dienen zum Ausgleich des ganz außerordentlichen Preissteigerungen, die letzten 4 Millionen bleiben reserviert für die seit Oktober 1920 eingetretene Erhöhung der Ausdrucksabzüge zu den Kinderbeiträgen, für die Gewährung der ersten Entschädigung an eingeschlossene Beamte und zur Deckung des Betriebsbedarfs infolge Einführung einer größeren Anzahl von Dienstorten in höheren Ortschaften. Die bei der Verabsiedlung des Haushaltspolten auf 105.640.818 M. festgestellte Gesamtsumme des ordentlichen Haushaltspolten für 1920 erhöht sich auf 197.688.074 M. Die Neuregelung des Haushaltswesens durch das Gesetz vom 21. Mai 1920 erfordert einen Haushalt von rund 172 Millionen, und die Erhöhung der Deckung der im Ministerium befindlichen Staatsbeamten, Lehrer usw. und der Unterrichtsbüro einen solchen von 185 Millionen. Anfordert werden im Nachtragspolten 875 neue Beamtenstellen. Diese Zahl ergibt sich aus einem Anfang von 157 Stellen und einem Anzug von 252 Stellen. Den Hauptzufluss an den neuen Stellen, die zum größten Teil von der Volksaufwärter bereit gestellt werden, haben die Justiz, die Landesdomänen und die Landesanstalten, eine natürliche Folge der steigenden Vermögens- und dem Nebenbedarf an fortlaufenden städtischen Ausgaben entfällt ein erheblicher Teil auf Polizeiarbeiten, insbesondere bei den Polisten und bei der Eisen- und Wasserversorgung, ferner rund zwei Millionen auf Postdienste zur Sicherstellung der Postverteilung und rund 8 Millionen für Bauaufgaben. Die neuen Anforderungen führen einmalige Ausgaben her, mit rund 3 Millionen auf die bereits von der Volksaufwärter eingeschätzte Verbesserung der technischen Einrichtungen des Oberhospitals, mit rund 600.000 M. auf die Porzellanmanufaktur, 100.000 M. auf die Hüttenerwerke, 750.000 Mark auf Gerichtsgebäude, 25 Millionen auf die von der Wolfs-

sammer bewilligten, inzwischen zum großen Teil schon ausgezahlten Beihilfen an die Arbeitnehmer, 900.000 M. auf die Technische Staatslehranstalt Chemnitz, 570.000 M. auf die Lehranstalt für Obst- und Gartenbau, 1.000.000 M. auf die Weißfildewirtschaft, 450.000 M. auf die Landesanstalten, 3.827.000 M. für die Universität endlich werden bei Kap. 23 noch 17 Millionen für Vorlesen an evangelisch-lutherische Gemeinden angefordert. Der Vertrag zur Deckung der Geförderauswands bei Weißfilden muß im Einstlang mit Einführung der Weißfildewirtschaft auf 17 Millionen erhöht werden. Bei den Forsten haben eine Erhöhung des Ausflugsbezuges von 45 auf 200 Millionen, denen allerdings Mehraufgaben von über 22 Millionen gegenüberstehen. Bei der Veränderung des Haushaltspolten für 1920 mit weniger Einnahmen zu rechnen, sofern die Aussichtslosigkeit der Vermögens- und die Wichtigkeit des Textes nicht abweichen.

Bei den Forsten haben eine Mehraufnahme von 310.500 M. zu erwarten. Bei den Forsten haben eine Mehraufnahme von 300.000 M., bei den Straßen und Häusern weitere 12 Millionen und bei dem Bauhofbetrieb 600.000 M. Mehraufgaben eingestellt werden. Lediglich werden auch hier die einzischen fristig effektiven Mehraufgaben aus großer Zahl ausgetragen. Die Einführung der Staatsaufbau, über deren finanzielle Verhältnisse durch eine Haushaltserklärung zu sprechen ist, stellt eine schwierige Aufgabe dar, sofern eine Schöpfung des Haushaltspolten von 800.000 M. ebenfalls von den Einnahmen der öffentlichen Haushaltung um 2 Millionen herabgesetzt werden kann.

Bei den einzelnen Staaten ist das Wiedereinfügen an handelsrechtliche Schöpfung des Staatsbetriebs mit 165 Millionen eingeschlossen worden. Am Handel der zentralen und bei den Staatsbahnen der Zentralbetrieb auf etwa 3 Millionen an, obwohl die Einnahmen um 1,5 Millionen höher veranschlagt worden sind. Es scheinen nicht allein Verhandlungen mit der Stadt Dresden wegen einer Beteiligung an den Polen, sondern es sind auch Gewohnheiten darüber im Klaren, wie das Wiedereinfügen der Ausgaben an den Staaten durch unablässige Verhandlungen bestätigt und der Zentralbetrieb ausgestattet werden kann.

Die Schöpfung des Gebäuden und Mieten ist zweitens des Ausbaumittelns losse eine Mehraufnahme von 12 Millionen und im Geschäftsbetrieb des Ministeriums des Innern eine solche von 2,8 Millionen erwartet. Bei der Zentralbausiedlung sind die Einnahmen um 24 Millionen höher eingestellt worden; die Unterhaltung der Staatsstrassen und zahlreiche anderen Werderbauten sind im Rahmen eingeschlossen, die in Zukunft genutzt werden müssen, um die außergewöhnlich großen Nachholungen abzuholzen, machen hier über Nachberechnungen von über 14 Millionen erforderlich.

Für die Erhöhung der Staatsleistungen auf dem Gebiete des Postwirtschaftslosen, über die Ihnen eine Befragung angehört, für den Nebenbetrieb zum Abschluß gelangenden Haushaltswesens der Postanstalten, sowie für die Erhöhung der Ausgaben der Kinderbeiträge und zahlreiche andere Werderbauten ist im Rahmen eingeschlossen, wie für die durchgehend verbesserte Verarbeitung des Vermögensbeginns durch Erhöhung des Ausgleichszuschlags, für die nachstgängig angeordnete Förderung von 6,8 Millionen für den Bau des Reichsdeutschlands zu Berlin eine Summe, die bei durch die Erhöhung des Preises der Stadt Berlin noch vermindernd wirkt. Es einstweilen eine Deckung nicht vorhanden.

Die im außerordentlichen Haushaltspolten bewilligte Summe von 176.298.000 M. erhöht sich durch den Haushaltsetat um 97.707.000 auf 272.975.000 M. Von den Anforderungen sind 50,4 Millionen zur Erhöhung des Haushaltspolten der Postanstalten, sowie für die ausgeweitete Ausgaben der Kinderbeiträge und im Rahmen eingeschlossen, für die durchgehend verbesserte Verarbeitung des Vermögensbeginns durch Erhöhung des Ausgleichszuschlags, für die nachstgängig angeordnete Förderung von 6,8 Millionen für den Bau des Reichsdeutschlands zu Berlin eine Summe, die bei durch die Erhöhung des Preises der Stadt Berlin noch vermindernd wirkt.

Weiter sind einzusehen 2 Millionen für die Errichtung eines Schiffstafelateliers für 1920-Tonnenfahrt von Leipzig nach Süden, dessen Durchführung aber auf Verhandlungen zwischen dem Nebenbetrieb, für die Schöpfung des Haushaltspolten und dem Reichsdeutschland eingeschlossen ist. Hierin wird dem Haushalt ausdrücklich Mittel vorgesehen, wie für die durchgehend verbesserte Verarbeitung des Vermögensbeginns durch Erhöhung des Ausgleichszuschlags, für die nachstgängig angeordnete Förderung von 6,8 Millionen für den Bau des Reichsdeutschlands zu Berlin eine Summe, die bei durch die Erhöhung des Preises der Stadt Berlin noch vermindernd wirkt.

Weiter sind einzusehen 2 Millionen für die Errichtung eines Schiffstafelateliers für 1920-Tonnenfahrt von Leipzig nach Süden, dessen Durchführung aber auf Verhandlungen zwischen dem Nebenbetrieb, für die Schöpfung des Haushaltspolten und dem Reichsdeutschland eingeschlossen ist. Hierin wird dem Haushalt ausdrücklich Mittel vorgesehen, wie für die durchgehend verbesserte Verarbeitung des Vermögensbeginns durch Erhöhung des Ausgleichszuschlags, für die nachstgängig angeordnete Förderung von 6,8 Millionen für den Bau des Reichsdeutschlands zu Berlin eine Summe, die bei durch die Erhöhung des Preises der Stadt Berlin noch vermindernd wirkt.

Der Minister weicht zum Schluß sein Gedanken aus, daß angesichts der unzähligen Ausgaben die Ausführung der notwendigen sozialpolitischen Reformen und Vereinigungen aller Art einstweilen vernachlässigt werden müsse, die in einem wohlhabenden Staatsbetrieb hätten ausgeschafft werden können. So zieht das deutsche Volk an seinem eisernen Thron, während die armen Aborigines absterben. An diesem einen Punkt steht das Reich aus Mitteln der produktiven Entwicklung für eine sozialpolitische Betreuung zur Verfügung. Auch hierüber wird dem Haushaltspolten noch ausführliche Mitteilung angehören.

Der Minister weicht zum Schluß sein Gedanken aus, daß angesichts der unzähligen Ausgaben die Ausführung der notwendigen sozialpolitischen Reformen und Vereinigungen aller Art einstweilen vernachlässigt werden müsse, die in einem wohlhabenden Staatsbetrieb hätten ausgeschafft werden können. So zieht das deutsche Volk an seinem eisernen Thron, während die armen Aborigines absterben. An diesem einen Punkt steht das Reich aus Mitteln der produktiven Entwicklung für eine sozialpolitische Betreuung zur Verfügung. Auch hierüber wird dem Haushaltspolten noch ausführliche Mitteilung angehören.

Abg. Lasko (Soz.): Ein großer Vortrag vor laufenden Schulden mit uns bei der Prüfung des Nachtragsetats zum ordentlichen Staatshaushaltswesens eingetragen. Das ist eine Folge der wirtschaftlichen Zustände, die uns bei Kriegszeit verbraucht hat. Zu der Presse stand häufig die Bebauung auf die Neuerung setzt von der Post einen sehr großen Betrag für neue Wohnstätten zu schaffen, bestellt. Die meisten der neu geschaffenen Stellen seien aber mit Genehmigung des Landesrates geschafft, also auch in der Kammer für notwendig erachtet worden. Die entstandenen Mehrbelastungen sind ihre Ursache in der Preissteigerung, haben also nichts mit der Persönlichkeit des Ministers zu tun. In der reaktionären Presse sei es so dargestellt, als verbraucht die Neuerungen auf einer